
Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte
Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris
(Institut historique allemand)
Band 23/3 (1996)

DOI: 10.11588/fr.1996.3.60478

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

und gegen jene Immigranten ein, die »les germes d'une civilisation différente« nach Frankreich trügen (S. 199). Nachdem er während der Studentenunruhen im Mai 1968 als Verfechter einer harten Linie kaltgestellt worden war, erklärte er seinen Rücktritt. Doch de Gaulle mochte nach seiner »Flucht« nach Baden-Baden nicht auf seine Dienste verzichten und ließ ihm Anfang Juni den Quai d'Orsay anbieten; abermals bedurfte es eindringlicher präsidentieller Worte, bis Debré akzeptierte.

Im dezidierten Widerspruch zu dem Diktum Couve de Murvilles, »qu'il n'y a plus de politique étrangère de la France« (S. 229), machte sich Debré umgehend mit Eifer im Sinne von de Gaulles »certaine idée de la France« daran, »garder les mains libres, c'est-à-dire juger et agir en toute indépendance« (S. 286). Ganz im Stile der Gleichgewichtspolitik alter Prägung ging es ihm vor allem um die Sicherung des globalen Großmachtanspruchs, um die Rolle des Vorreiters eines »dégel« zwischen den Blöcken (S. 233) und die Vereitelung des von ihm konstatierten Versuchs der USA, Deutschland zum »arbitre du continent« zu machen (S. 234). Überhaupt scheint sein Verhältnis zu Deutschland äußerst ambivalent: Er bewundert dessen ökonomische Kraft, glaubt aber zugleich, die Nachbarn genug zu kennen, »pour savoir qu'ils abusent de leur force dès qu'ils le peuvent« (S. 262). Mit Mißtrauen beäugte er Kiesingers »attrait pour la supranationalité« (S. 262) oder Brandts Ost- und Berlinpolitik. Wie paradox Debré Deutschland bewertet, zeigt vor allem seine Schilderung des Prager Frühlings, denn einerseits wirft er deutschen Finanzleuten und Industriellen vor, mit ihrem »trop vif intérêt ... à la Tchécoslovaquie« (S. 260) die Niederschlagung mitverschuldet zu haben, andererseits witterte er aufgrund der zunächst ausbleibenden sowjetischen Reaktion sofort »l'amorce d'un partage d'influence en Europe centrale« zwischen Bonn und Moskau (S. 257)! Als die Währungskrise des Herbstes 1968 den deutschen Wiederaufstieg evident werden ließ, sah sich Debré mit de Gaulle Anfang 1969 zur Wiederannäherung an London und Washington genötigt mit dem Ziel »d'une Europe sans supranationalité« und der Austarierung der deutschen Macht (S. 266). Wenige Wochen später mußte er sein Amt nach einem von de Gaulle gegen seinen Rat durchgeführten Referendum wieder abgeben. Allein – anders als der Präsident, der nach dem negativen Ergebnis seinen Abschied nahm, blieb Debré zu dessen großem Erstaunen in der Regierung und übernahm das Verteidigungsministerium.

Ulrich LAPPENKÜPER, Bonn

Robert O. PAXTON, Nicholas WAHL (Hg.), De Gaulle and the United States. A Centennial Reappraisal, Oxford, Providence (Berg) 1994, XIX–433 S.

Kriegs- und Krisenzeiten sind seit jeher die Stunde starker Persönlichkeiten. Dann erweist es sich für die Kritiker der personalen Geschichtsschreibung immer als schwierig, die Behauptung »Männer machen Geschichte« zu widerlegen. So drangen Politiker wie Churchill in Großbritannien oder Adenauer in der Bundesrepublik tief in das politische Bewußtsein ihrer Völker ein und stehen stellvertretend für eine »Ära« der nationalen Geschichte. Was sie für ihre Nationen bedeuten, das ist de Gaulle für Frankreich.

Nur vor diesem Hintergrund wird die Faszination, die von de Gaulle auch heute noch für Historiker und Politiker gleichermaßen ausgeht, verständlich. De Gaulles große Ausstrahlungskraft beruht auf der Unbeirrbarkeit bei der Umsetzung seiner politischen Überzeugungen und auf der oft an Arroganz grenzenden Selbstsicherheit, mit der er anderen Staatsmännern entgegentrat. Er überraschte, irritierte und düpierte mit seiner Politik sowohl Verbündete als auch Gegner. Dies gilt in besonderem Maße für das außerordentlich zwiespältige Verhältnis zu dem großen Verbündeten und Rivalen USA: Auf keinen anderen Staat war das von de Gaulle repräsentierte Freie Frankreich nach der vernichtenden Niederlage von 1940 so angewiesen wie auf die USA. Kein anderer Staat zeigte der Grande Nation während des Zweiten Weltkrieges und der IV. Republik nach 1944/45 die Begrenztheit ihres Handelns so

demütigend auf wie die USA. An keinem anderen Staat hätte die junge V. Republik unter der Präsidentschaft de Gaulles aber auch ihr arg in Mitleidenschaft gezogenes nationales Selbstbewußtsein ähnlich erfolgreich wieder aufrichten können.

All diese Facetten eines komplizierten und spannungsreichen bilateralen Verhältnisses werden in dem vorliegenden Band zu einem lebendigen Panorama vereint. Die Beiträge gehen auf eine Tagung zurück, die anlässlich des 100. Geburtstags von Charles de Gaulle in New York im April 1990 ins Leben gerufen worden war und sowohl namhafte Historiker als auch eine Reihe prominenter Zeitzeugen zu einem befruchtenden Diskurs animierte. In einem informativen Beitrag rekapituliert C. THOMPSON, de Gaulle habe sich bereits vor und während des Zweiten Weltkrieges von der amerikanischen Vitalität und Wirtschaftskraft angezogen, zugleich aber auch von den Erscheinungsformen der amerikanischen Zivilisation und Kultur abgestoßen gefühlt. Erst die Katastrophe von Dakar, dem mißlungenen Landungsmanöver französischer Truppen im September 1940 in Westafrika, habe bei de Gaulle ein nachhaltiges Gefühl der Isolierung und der mangelnden Unterstützung durch den amerikanischen Verbündeten hinterlassen. Das amerikanische Zögern, Frankreich als gleichwertigen Partner in den Kreis der Siegermächte aufzunehmen, sei schließlich entscheidend für die spätere Haltung de Gaulles gegenüber den USA – unabhängig von dem jeweiligen Präsidenten – gewesen.

Von der großen Themenpalette des Sammelbandes seien darüber hinaus lediglich zwei große Bereiche hervorgehoben, die das französisch-amerikanische Verhältnis in den beiden Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg prägten und belasteten: Die NATO-Verteidigungspolitik und der Krieg in Vietnam. A. PIERRE und der ehemalige Verteidigungsminister MESSMER erläutern aus jeweils unterschiedlicher Perspektive die eigenwillige französische Nuklearstrategie der V. Republik. Sie erinnern daran, daß die Entscheidung für die Errichtung der Force de frappe aus dem gaullistischen Leitsatz resultierte, wonach ausschließlich militärische Stärke die nationale Würde eines Staates ausmache. In diesem Zusammenhang formuliert MESSMER etwas zugespitzt die These, de Gaulle sei mit seiner Kritik an der Organisation, die 1966 mit dem Austritt aus der militärischen Integration der NATO ihren konsequenten Ausdruck gefunden habe, im Recht gewesen. Die Tatsache, daß das Bündnis danach nicht – wie von vielen Zeitgenossen befürchtet – auseinandergebrochen sei, sondern sich vielmehr der neuen Situation angepaßt habe, zeige die Richtigkeit der Politik de Gaulles.

A. SA'ADAH arbeitet anhand des Beispiels Vietnam überzeugend die grundsätzlichen Unterschiede der amerikanischen und französischen Politik heraus. Während de Gaulle eine »idée fixe« mit dem Vietnam-Komplex verbunden habe – der Glaube an die Notwendigkeit der uneingeschränkten nationalen Unabhängigkeit – seien die USA von der »idée simple« geleitet gewesen, nämlich von der Annahme, es gäbe ein gemeinsames Interesse der Freien Welt. Der Vietnam-Krieg, der mehr als irgend ein anderes politisches Ereignis die amerikanische Politik nach 1945 herausforderte, wurde so zu einem besonderen Prüfstein der bilateralen Beziehungen. Dabei verweist der Journalist und de Gaulle-Biograph J. LACOUTURE auf Angebote des Generals, zwischen den Kriegsparteien zu vermitteln. Demnach sei die de Gaullesche Vietnam-Politik gar nicht so anti-amerikanisch gewesen sei, wie oftmals angenommen werde.

Es ist die Mischung aus historischer Forschung und persönlicher Erinnerung, aus knappen Stellungnahmen und ausführlichen Darstellungen, die den besonderen Reiz des Sammelbandes ausmacht. Dennoch konnten zwei interessante Aspekte von den durchweg auf hohem Niveau anzusiedelnden Beiträgen zwar angesprochen, aber nicht hinreichend beantwortet werden: Dies ist zum einen die Frage, ob – angesichts der Entwicklungen in Europa nach 1989/90 – der in den traditionellen nationalstaatlichen Kategorien des 19. Jh. denkende de Gaulle seiner Zeit nicht vielleicht doch um 30 Jahre voraus war. Zum anderen ist es die Frage, ob die unabhängige französische Politik gegenüber den Ostblock-Staaten die Umwälzungen

in Osteuropa unterstützte und so eine nachträgliche Rechtfertigung erfuhr. Angesichts dieser gelungenen Tagung wäre es schade, wenn diese Fragen erst anlässlich des 200. Geburtstags von Charles de Gaulle erörtert würden.

Harald ROSENBACH, Ahrweiler

Klaus LARRES, *Politik der Illusionen. Churchill, Eisenhower und die deutsche Frage 1945–1955*, Göttingen (Vandenhoeck & Ruprecht) 1994, 335 S. (Veröffentlichungen des DHI London, 35).

Churchills lange Karriere war ohne Zweifel reich an taktisch motivierten Positionswechseln und Schachzügen. Ein Ziel verlor der britische Staatsmann dabei aber nie aus den Augen: Großbritannien sollte auch im 20. Jh. seinen Status als Weltmacht verteidigen. Dafür hatte er sein Land in den Zweiten Weltkrieg und in das Bündnis mit den USA und der Sowjetunion geführt und seit 1944/45 vor der wachsenden Macht Moskaus gewarnt. Als er im Oktober 1951 erneut die politische Verantwortung übernahm, hatte sich das Gefüge des Staatensystems im Zuge des Kalten Krieges und der westlichen Containment-Strategie unübersehbar zuungunsten Großbritanniens gewandelt, drohte die ehemalige Weltmacht ihren eingeschränkten Handlungsspielraum zwischen Washington und Moskau endgültig einzubüßen. Daher konnte es kaum überraschen, daß Churchill nach dem Ableben Stalins im März 1953 die Initiative ergriff, um durch ein umfassendes Arrangement mit der Sowjetunion den Kalten Krieg zu überwinden. Was der Premierminister im Sinn hatte, kam einer Revolutionierung der bestehenden Staatenordnung und einem »renversement des alliances« schon recht nahe und rief bei den Verbündeten entsprechende Reaktionen hervor. Die »deutsche Frage« sollte durch die Wiedervereinigung entschärft werden, den sowjetischen Sicherheitsinteressen wollte Churchill durch die Neutralisierung Deutschlands und einem Vertrag nach dem Vorbild des Locarno-Abkommens Rechnung tragen. Großbritannien aber sollte als Garantmacht des angestrebten »Ost-Locarnos« seine alte Rolle als Schiedsrichter in den Händeln des Kontinents wieder übernehmen und damit seinen Rang als Weltmacht erneut einfordern.

Die wichtigsten Dokumente der Offensive Churchills sind der Forschung seit einigen Jahren bekannt. Das Verdienst der vorliegenden Arbeit liegt daher vor allem darin, auf der Grundlage umfangreicher Archivstudien erstmals eine detaillierte, zudem sorgfältig recherchierte und gut lesbare Studie über den letzten großen außenpolitischen Entwurf Churchills vorgelegt zu haben. Im Zentrum der Abhandlung stehen die seit dem Frühjahr 1953 unermüdlich vorangetriebenen Bemühungen des Premierministers um das Zustandekommen einer Gipfelkonferenz mit den neuen sowjetischen Machthabern, um seiner Initiative den entscheidenden Impuls zu geben. Dabei ist dem Autor sicherlich zuzustimmen, wenn er dafür plädiert, Churchills Vorstoß in die Kontinuität seines außenpolitischen Denkens einzuordnen. Sein Rückblick auf die Politik Churchills während des Zweiten Weltkrieges beschränkt sich allerdings weitgehend darauf, die Gipfeldiplomatie als ein wichtiges Instrument der außenpolitischen Strategie des Kriegspremiers zu identifizieren. Dagegen fragt er nicht danach, welche Vorstellungen von der internationalen Ordnung der Nachkriegszeit (Gleichgewicht, Interessen- und Einflußzonen, System der kollektiven Sicherheit) Churchill in seinen zahlreichen Begegnungen mit Roosevelt und Stalin verfolgte. Auf dieser Ebene ließ sich unter Umständen gleichfalls eine Kontinuität in den Überlegungen des Premierministers erkennen.

Der Vf. konzentriert sich zunächst auf den Zeitraum vom März bis zum Juli 1953, als Churchill seine Gipfelbemühungen mit seinen brisanten Vorstellungen über eine Neutralisierung Deutschlands verband und Moskau zugleich noch vorsichtige Signale einer Verständigungsbereitschaft aussandte. Ausführlich schildert er die vergeblichen Bemühungen Churchills, Eisenhower für seine Pläne zu gewinnen, schließlich die schockierte Reaktion